Deutscher Bundestag **Drucksache 19/11018**
19. Wahlperiode 21.06.2019

Fragen

für die Fragestunde der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 26. Juni 2019

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

1. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)

Wo oder wie sieht die Bundesregierung die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesanzeiger Verlag GmbH gefährdet, würde sie die angefragten Informationen bezüglich eventuell vorhandener Maßgaben für die Bundesanzeiger Verlag GmbH bei deren Gestaltung der Entgelte für die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichungspflicht von Unternehmen herausgeben (vgl. Schriftliche Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 19/9553), angesichts des Umstandes, dass sich die Bundesanzeiger Verlag GmbH als Monopolist in keinem Wettbewerbsverhältnis befindet?

2. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass angesichts der Tatsache, dass die mit der Führung des Bundesanzeigers beliehene Bundesanzeiger Verlag GmbH eine Tochtergesellschaft einer Kapitalgesellschaft mit Sitz in der EU ist und diese daher, im Gegensatz zu einem mittelständischen Unternehmen, nach aktueller Rechtslage das Privileg der Nichtveröffentlichung der eigenen Bilanzen genießt (vgl. Plenarprotokoll 19/97, Mündliche Frage 62), gesetzlicher Änderungsbedarf besteht?

3. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Befinden sich die von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Katarina Barley im Mai 2019 vorgelegten Referentenentwürfe zur Mietpreisbremse und zur ortsüblichen Vergleichsmiete in der Ressortabstimmung zwischen den Bundesministerien (www.welt.de/finanzen/immobilien/article193594787/Katarina-Barley-Justizministerin-plant-Aenderungen-im-Mietrecht.html), und wie ist der Zeitplan bezüglich der Einbringung ins Parlament der beiden Gesetzentwürfe?

4. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welchen Inhalt soll der – laut des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 17. Juni 2019 – bis August 2019 vorzulegende Gesetzentwurf der Bundesregierung „für bezahlbare Mieten“ (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/koalitionsausschuss-tagt-in-berlin-grosse-koalition-einigt-sich-bei-reform-der-grundsteuer/24462656.html) haben, und warum eignen sich dafür die zwei durch das

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegten – und in „NDR-Panorama“ am 16. Mai 2019 öffentlich vorgestellten – Gesetzentwürfe offenbar noch nicht für eine frühere Verabschiedung im Kabinett (https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Mietpreisbremse-Kein-Risiko-fuer-Vermieter,mietpreisbremse278.html)?

5. Abgeordneter **Stephan Brandner** (AfD)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass die europaweite Strafverfolgung durch deutsche Staatsanwaltschaften aufgrund des EuGH-Urteils C-508/18 u. a., wodurch deutsche Staatsanwaltschaften nicht der Erfordernis des unabhängigen Handelns mithin der Unabhängigkeit gegenüber den Justizministerien genügen und somit keine europäischen Haftbefehle ausstellen dürfen, gefährdet ist (bitte ausführlich begründen), und auf welche Art und Weise soll für den Fall, dass eine diesbezügliche Gefährdung vorliegt, zukünftig die europaweite Strafverfolgung gewährleistet bleiben?

6. Abgeordneter **Stephan Brandner** (AfD)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass, gestützt auf dem EuGH-Urteil C-508/18 u. a., per nationalem Haftbefehl gesuchte Beschuldigte in Deutschland diese durch Generalstaatsanwaltschaften ausgestellten nationalen Haftbefehle vor dem EuGH für nichtig erklären lassen (bitte ausführlich begründen), und wenn nein, welche Vorkehrungen gedenkt die Bundesregierung zusammen mit den Landesjustizministern zu treffen, um die Vollstreckbarkeit der Haftbefehle auch im Lichte des oben genannten Urteils sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

7. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung die finanziellen Mehrbelastungen für pflegebedürftige Menschen, wenn bei der Einführung eines Tarifvertrags in der Altenpflege nach der aktuellen Finanzierungslogik der Pflegeversicherung die steigenden Löhne in der Altenpflege zugleich steigende Eigenanteile der pflegebedürftigen Men-

schen nach sich ziehen, und hält die Bundesregierung diese finanzielle Mehrbelastung für zumutbar?*

8. Abgeordneter **Paul Viktor Podolay** (AfD)

Wird die Bundesregierung die im Entwurf der 6. Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizinverordnung enthaltenen undefinierten Begriffe „bestmögliches Behandlungsergebnis“ bzw. „regelhaft erreichbares Behandlungsergebnis“, welche künftig bei der Bemessung des Grades der Behinderung zu berücksichtigen sind, noch näher konkretisieren bzw. erklären, was damit gemeint sein soll (http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/d1b5c893b161af93c125835300438b40/$FILE/Entwurf_6-%C3%84ndVO-VersMedV_2018-08-28.pdf; www.juris.de/jportal/portal/page/homerl.psml?nid=jpr-NLARADG000419&cmsurl=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeigenachricht.isp)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordneter **Paul Viktor Podolay** (AfD)

Welche konkreten militärischen Fähigkeiten stellt die Bundeswehr der NATO in den Bereichen Kollektive Verteidigung, Abschreckung und Krisenmanagement bereit, und welche Fähigkeiten konnte Deutschland in den letzten neun Jahren aus der Sicht des Bundesministeriums der Verteidigung nicht ausreichend verbessern?

10. Abgeordnete **Filiz Polat** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die von der Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen versprochene unbürokratische Lösung bei den bisher von den Kommunen vorgeleisteten Kosten im Zusammenhang mit dem Moorbrand in Meppen einzutreten (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Moorbrand-Kommunen-warten-auf-Entschaedigung,moorbrand1006.html), und weshalb ist keine Übernahme erfolgt, obwohl

* Siehe hierzu auch Frage 17

die Höhe der Amtshilfeersuchen dem Bundesministerium der Verteidigung bereits Ende Januar 2019 bekannt waren (Ausschussdrucksache 19(12)351)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

11. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position hat die Bundesregierung in den Verhandlungen des EU-Fischereiministerrates am 18. Juni 2019 eingenommen in Bezug auf die Entscheidung, dass der europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) in der nächsten Förderperiode nach 15 Jahren wieder Subventionen für den Bau und die Modernisierung von Fischereischiffen ermöglichen soll, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Entscheidung für die Bekämpfung der Überfischung in den europäischen und weltweiten Meeren (www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2019-wasser-meere/fondsdebatte-fuer-meere-und-fischerei-einen-schritt-weiter/)?

12. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen internationalen Abkommen hat sich die Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft verpflichtet, umweltschädliche Subventionen abzubauen und die Überfischung der Weltmeere zu beenden (bitte um Angabe des Zeitrahmens und Umsetzungsstandes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

13. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie viele Kinder, deren Eltern den so genannten Kinderzuschlag bezogen, gab es nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit jeweils im Jahresdurchschnitt 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 sowie nach Bundesländern im Jahr 2018?

14. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 die Summe der Zahlbeträge des Kinderzuschlages insgesamt und die durchschnittliche monatliche Zahlung je Kind?

15. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Ist die vom Bundesrechnungshof vorgeschlagene Prüfquote aus der Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage, Bundestagsdrucksache 19/3704, in Höhe von 14 vollzeitäquivalenten Prüferinnen und Prüfern bisher erfüllt, und welche Maßnahmen wurden hinsichtlich der Schaffung einer unabhängigen Stelle zur Prüfung der Einhaltung der Arbeitsmarktneutralität im Bundesfreiwilligendienst getroffen?

16. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Wie viele Überprüfungen der Einsatzstellen haben im Jahr 2018 stattgefunden, und wie häufig wurden pro Jahr die anerkannten Bundesfreiwilligendienstplätze und Einsatzstellen kontrolliert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

17. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung einer Mehrbelastung pflegebedürftiger Menschen entgegenwirken, die bei Einführung eines Tarifvertrags in der Altenpflege nach der aktuellen Finanzierungslogik der Pflegeversicherung zugleich steigende Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen nach sich ziehen?*

18. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist, vor dem Hintergrund, dass seit dem Urteil vom 8. September 1993 des Bundessozialgerichtes (Aktenzeichen: 14a RKn 7/92) und dem Inkrafttreten der überarbeiteten Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche vertragszahnärztliche Versorgung am 1. Januar 2004 (siehe www.g-ba.de/downloads/62-492-78/RLZ_Behandlung_2006-03-01.pdf) Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht mehr verpflichtet sind, Dentalamalgam als Füllungsmaterial für die Regelversorgung anzubieten, sowie vor dem Hintergrund, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte, welche die Verwendung von Amalgam ablehnen, eine zuzahlungsfreie Alternative anbieten müssen (siehe www.kzvlb.de/fileadmin/user_upload/Seiteninhalte/Recht_u._Vertraege/Pruef_Beratungsstelle/Amalgam.pdf), die Haltung der Bundesregierung dazu, dass Patientinnen und Patienten von Zahnärztinnen und Zahnärzten Alternativmaterialien zu Amalgam als zuzahlungsfreie Alternative nach meiner Auffassung vorenthalten werden?

* Siehe hierzu auch Frage 7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

19. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um den Betrieb der Schleuse Henrichenburg sicherzustellen, und welche Position vertritt sie zu der Forderung nach dem Bau einer zweiten Schleuse (siehe Beschluss des Rates der Stadt Dortmund vom 23. Mai 2019)?

20. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)

Unter welchen Voraussetzungen fallen Lkw, die mit bivalenten Antrieben (z. B. Lkw, die sowohl mit Erdgas als auch Benzin betrieben werden können) ausgestattet sind, nach Auffassung der Bundesregierung unter den Mautbefreiungstatbestand gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 8 des Bundesfernstraßenmautgesetzes (bitte begründen), und wie viele Lkw mit bivalenten Antrieben sind derzeit in Deutschland zugelassen (bitte nach den Gewichtsklassen 3,5 t, 7 t und 12 t differenziert angeben)?

21. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)

Welche konkreten Maßnahmen trifft die Bundesregierung jetzt und in Zukunft, um nach dem Gerichtsurteil des EuGH zur geplanten deutschen Pkw-Maut alle über deutsche Bundesstraßen fahrenden Autofahrer mit einer Straßenbenutzungsgebühr zu belegen, und dabei alle Halter, die einen Pkw mit deutschem Kennzeichen haben, in Höhe dieser Gebühr zu entlasten?

22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Firmen Kapsch TrafficCom und CTS Eventim im Rahmen der Umsetzung der Pkw-Maut bereits Investitionen getätigt bzw. sind ihrerseits monetäre Verpflichtungen eingegangen?

23. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Personalkosten sind im Jahr 2019 (Januar bis Juni) im Zusammenhang mit der Infrastrukturabgabe entstanden (bitte nach Ressorts mitsamt Geschäftsbereich aufschlüsseln), und welche Kosten sind im Jahr 2019 bereits für die Personalgewinnung der noch nicht besetzten Planstellen im

Zusammenhang mit der Infrastrukturabgabe entstanden (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 19/10572)?

24. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird die Bundesregierung in Bezug auf den im März 2019 von der EU-Kommission verabschiedeten delegierten Rechtsakt zur ITS-Richtlinie, in der u. a. Übertragungsstandards für die Vernetzung von Fahrzeugen festgelegt werden, im Rat Einwände gegen den Rechtsakt einbringen bzw. unterstützen, und aus welchen Gründen geht die Bundesregierung laut Medienberichten davon aus, dass eine Integration neuer Standards wie etwa LTE-V2X und 5G nach dem Erlass des Rechtsaktes nicht mehr möglich ist (vgl. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/vernetztes-fahren-verkehrsminister-scheuer-will-bmw-und-telekom-schuetzen/24463748.html)?

25. Abgeordneter **Stefan Gelbhaar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann legt die Bundesregierung den Verordnungsentwurf zur Novellierung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vor, den der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer für Pfingsten 2019 angekündigt hatte (pic.twitter.com/2iodrMJlpf), und in welcher Form wird die durch den Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages am 15. Mai 2019 angekündigte Einbeziehung des Ausschusses bei der Novellierung der StVO stattfinden?

26. Abgeordneter **Stefan Gelbhaar** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung im Zuge der fahrradfreundlichen Überarbeitung der StVO auch fußverkehrsfreundliche Änderungen vorzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

27. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wieso ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur der Meinung, dass die Führerscheinklasse B ohne weitere Prüfung als Voraussetzung ausreicht, um Motorräder der Klasse A1 zu fahren (https://twitter.com/BMVI/status/1141668270879203329)?

28. Abgeordneter **Torsten Herbst** (FDP)

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der gemeldeten Staustunden auf den Bundesautobahnen im Freistaat Sachsen in den letzten zehn Jahren entwickelt, und welche Ursachen sind nach Auffassung der Bundesregierung für diese Entwicklung ursächlich?

29. Abgeordnete **Marja-Liisa Völlers** (SPD)

Was plant das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (auch in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) hinsichtlich des ansteigenden Unfallgeschehens auf der BAB 2 in Niedersachsen (www.sn-online.de/Schaumburg/Landkreis/Aus-dem-Landkreis/Belastung-durch-A2-Unfaelle-Klaus-Peter-Grote-appelliert-an-die-Bundespolitik) in Sachen Erhöhung der Sicherheit der ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte und finanzieller Unterstützung der betroffenen Kommunen und Feuerwehren außerhalb von Mitteln des ergänzenden Katastrophenschutzes?

30. Abgeordnete **Marja-Liisa Völlers** (SPD)

Woraus leitet die Bundesregierung, ohne vorher die Zustimmung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates als Gesetzgeber eingeholt zu haben, die Berechtigung ab, für das in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/10571 genannte Vorhaben „ABS/NBS Hannover–Bielefeld (–Hamm) 300 km/h-Variante für Deutschlandtakt“ verbindliche Planungsvereinbarungen mit der DB Netz AG abzuschließen, wenn der o. g. Projektanfang der „300 km/h-Variante“ weder bei den Beratungen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 noch in den Projektbeschreibungen des Schienenwegeausbaugesetzes vorgestellt, erörtert oder abwägend entschieden worden ist?

31. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie haben sich zwischen den Jahren 2013 bis 2018 die Fahrgastzahlen auf dem Streckenabschnitt Niebüll–Westerland entwickelt (bitte in absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach den Kategorien Autozüge, Schienenpersonenverkehr und Schienenpersonennahverkehr angeben)?

32. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Minuten mussten Züge auf der Bahnstrecke Niebüll–Westerland im Jahr 2018 aufgrund von Zugkreuzungen zwischen Niebüll und Westerland an Bahnhöfen oder auf der Strecke selbst außerfahrplanmäßig anhalten (bitte jeweils in Halteminuten pro Monat jeweils für den Nah- und Fernverkehr und Autozug aufschlüsseln)?

33. Abgeordneter **Bernd Reuther** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Takt entlang der Betuwe-Linie zu erhöhen, und welche Auswirkungen hat dies auf die Berechnungsgrundlage des dortigen Schallschutzes?

34. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie sehen die Voraussetzungen für die Gewährung von Bundesmitteln für die (barrierefreie) Sanierung von Bahnhöfen aus (z. B. förderfähige Maßnahmen, Gesamtkosten und Finanzierungsanteile des Bundes), und welchen Finanzierungsanteil (absolut und relativ) wird der Bund für die barrierefreien Sanierungen der Stationen entlang der Teckbahn (Kirchheim unter Teck–Lenningen) einsetzen?

35. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hat sich der durchschnittliche Pkw-Besetzungsgrad in Deutschland, der jährlich im Rahmen des Personenverkehrsmodells des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ermittelt wird, in den einzelnen Jahren seit Beginn der Ermittlungen bis einschließlich zum Jahr 2018 entwickelt, und was unternimmt die Bundesregierung, um diesen Wert beispielsweise durch die Förderung von Fahrgemeinschaften zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

36. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Fortschritte gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Bezug auf die im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen (Kapitel 27 Umwelt) erhobene Forderung, die Saline Ulcinj, einer der

größten Salzgärten des Mittelmeerraumes und bedeutende Rast-, Brut- und Überwinterungsstätte für Wat- und Wasservogelarten, unter einen angemessenen Schutzstatus zu stellen, und aus welchen Gründen wurde die Saline nach Kenntnis der Bundesregierung, entgegen der Ankündigung der montenegrinischen Regierung, noch immer nicht als RAMSAR-Feuchtgebiet registriert, obwohl die notwendigen Bedingungen erfüllt sind (https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-montenegro-report.pdf; www.ramsar.org/wetland/montenegro)?

37. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Auswertung eines Oberleitungs-Lkw-Feldversuchs auf der A 5 des Lkw-Herstellers Scania und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, insbesondere im Hinblick darauf, dass lediglich 10 Prozent Dieselkraftstoff durch die Oberleitungstechnologie eingespart würden, und wie bewertet die Bundesregierung angesichts der immensen Kosten der Elektrifizierung der Autobahnen mit Oberleitungen das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser Technologie (www.focus.de/auto/elektroauto/projekt-des-bundesumweltministeriums-erste-praxiserfahrung-oberleitungs-lkw-sparen-nur-10-prozent-kraftstoff_id_10837344.html)?

38. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Welche Daten zu NO_2 wurden dem Umweltbundesamt (UBA) bezüglich der Messstation in Oldenburg durch die zuständige Behörde für Luftraumüberwachung in Niedersachsen übermittelt, und welche Daten hat das UBA veröffentlicht?

39. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viel Geld plant die Bundesregierung in den Bundeshaushalten 2020 bis 2022 für den Ankauf von Emissionsrechten nach EU-Lastenteilungsentscheidung (Verfehlung Klimaschutzziele) ein, und wie werden diese Ausgaben gegenfinanziert?

40. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wo befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die laut Medienberichten 1 309 Atommüll-Fässer aus dem Abfalllager Gorleben, die – ebenfalls laut Medienberichten – bis Ende Juni 2019 zu räumen sind, derzeit jeweils (bitte genauen Standort und die Einrichtung angeben),

und zu welchem Zweck befinden sie sich jeweils an ihrem momentanen Ort (www.nwzonline.de/politik/gorleben-lager-in-gorleben-faesser-mit-radioaktivem-muell-beschaedigt_a_50,1,1860049276.html; https://m.azonline.de/Muensterland/3833292-Zwischenlager-in-Ahaus-106-Atommuell-Faesser-fehlen)?

41. Abgeordneter **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.)

Was ist derzeit insgesamt der Sachstand hinsichtlich des Umgangs bzw. Verbleibs der insgesamt über 12 000 Atommüll-Fässer im Lager Leese, bei denen zumindest bei einem Teil der Atommüll-Fässer laut Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/13609, September 2017) nicht ausgeschlossen werden könne, dass „im Lager in Leese weitere Fässer mit Auffälligkeiten lagern“, und was ist der Stand der Dinge hinsichtlich des Neubaus einer Lagerhalle in Leese, zu dem es in der genannten Bundestagsdrucksache seitens der Bundesregierung heißt, dass zwar „Antragsunterlagen für den Neubau einer Lagerhalle am Standort Leese erstellt worden sind“, diese Pläne aber aufgrund der „zeitlich befristeten Nutzungsmöglichkeit in Frage kommender Grundstücke zurückgestellt“ wurden, weil ein Grundstückseigentümer erklärt hatte, seine Flächen nicht über das Jahr 2030 hinaus zur Verfügung stellen zu wollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

42. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind die Haushaltsmittel, die dem neu gegründeten Lenkungskreis für die Wissenschaftsplattform zum Klimaschutzplan für „unabhängige Expertisen, Studien und Wirkungsanalysen“ (www.bmbf.de/de/wissenschaft-und-technik-im-einsatz-fuer-den-klimaschutz-8835.html) zur Verfügung stehen, und welche Haushaltsmittel stehen für das von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek genannte „Innovationsprogramm Klimaschutz“ zur Verfügung (bitte mit Angabe der Laufzeit und aufgeschlüsselt nach den von der Bundesministerin genannten Schwerpunkten „Energie und Industrie“,

„Landwirtschaft“, „Mobilität“ und „Finanzwirtschaft“ mit Angabe des Haushaltstitels bzw. der voraussichtlichen Höhe)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

43. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

In welchen von der Bundesregierung mitfinanzierten Schutzgebieten des Kongo-Beckens gibt es nach Informationen der Bundesregierung funktionierende, internationalen Standards entsprechende Beschwerdemechanismen, und in welchen von Deutschland finanzierten Schutzgebieten der Region befinden sich diese gerade im Aufbau?

44. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung an dem im Jahr 2015 im Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit festgelegten Ziel bis 2020 „möglichst 50 Prozent der Textilien (ausgenommen Sondertextilien) nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beschaffen“ (www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/427916/40877d512464640003cd9f82c6dc2067/2015-04-30-massnahmenprogram-nachhaltigkeit-data.pdf?download=1) fest, und welchen konkreten Zeitplan verfolgt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die entsprechende Ressortabstimmung für den „Leitfaden für eine nachhaltige Textilbeschaffung der Bundesverwaltung“ im Jahr 2018 hätte abgeschlossen werden sollen, um dieses Ziel noch rechtzeitig zu erreichen (Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/7567)?

45. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung, nachdem das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main die KfW als Behörde eingestuft hat, die an das Informationsfreiheitsgesetz gebunden ist (www.buzzfeed.com/de/marcusengert/kfw-ist-behoerde-ifg-verwaltungsgericht-frankfurt), dass interne Dokumente zu den Vorwürfen der Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des KfW-Projekts im Salonga-Nationalpark im Kongo der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und wie

setzt sich die Bundesregierung aktuell und zukünftig für verbesserte Transparenz und die bessere Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten bei der Mittelverwendung deutscher Entwicklungsbanken ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen Schritten und mit welchem Zeitplan soll „die Aufsicht über die freien Finanzanlagevermittler zur Herstellung einer einheitlichen und qualitativ hochwertigen Finanzaufsicht schrittweise auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übertragen werden“ (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 65, Plenarprotokoll 19/103)?

47. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche technischen und organisatorischen Änderungen ergeben sich für deutsche Behörden mit dem Plan für das Einfuhrkontrollsystem (ICS2) des Zolls, das im Dezember 2017 von der Europäischen Union beschlossen wurde und als „EU Advance Cargo Information System“ Frachtdaten im Luft-, See-, Schienen- und Straßenverkehr zentral statt früher dezentral speichern soll (Ratsdok. 5574/19), und welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage, mit welchen europäischen oder nationalen Informationssystemen das ICS2 zukünftig interoperabel sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

48. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Inwiefern werden im Rahmen der retrograden Auswertung von Videodaten zu Gefahrensituationen, wie sie im zweiten Teilprojekt zu intelligenter Videoanalyse-Technik durch die Deutsche Bahn AG (DB AG) und die Bundespolizei getestet wird, Datenströme verschiedener am Bahnhof Südkreuz installierter Kameras genutzt („Test intelligenter Videoanalyse-Technik“, bundespolizei.

de, 7. Juni 2019), und inwiefern ist es möglich oder denkbar, dass die Bundespolizei zu einer solchen retrograden Videoanalyse unter den gesetzlich gegebenen Voraussetzungen auch Bilder bzw. Videoströme von Kameras anderer Standorte heranzieht?

49. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich der aktualisierte Zeitplan für die Vorstellung des Ergebnisberichts der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse im Einzelnen dar, und nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung, welche der Handlungsempfehlungen der Kommission auch realisiert werden?

50. Abgeordneter **Jens Maier** (AfD)

Wie viele deutsche Staatsbürger sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2013 bis 2018 dauerhaft in die Länder Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Polen ausgewandert (bitte nach Jahr und Land aufschlüsseln), und welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung hieraus (vergleiche www.youtube.com/watch?v=7iSnBwd-D38)?

51. Abgeordneter **Lars Herrmann** (AfD)

Inwieweit wird aufgrund der Ankündigung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, Bundespolizeibeamte nach Sachsen zu verlegen, um insbesondere die Grenzkriminalität zu bekämpfen (www.saechsische.de/plus/innenminister-reagiert-auf-grenzkriminalitaet-5078756.html), auch beabsichtigt, die Stellenbesetzungssperre an den Grenzdienststellen zu Polen und Tschechien aufzuheben?

52. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Forderung der Unions-Innenminister, den sogenannten „Clan-Mitgliedern“ die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen beziehungsweise den Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft negativ zu bescheiden (www.morgenpost.de/berlin/article226164783/Bundesregierung-soll-Pass-Entzug-fuer-Clan-Kriminelle-pruefen.html), und bestehen aus Sicht der Bundesregierung insbesondere verfassungsrechtliche Bedenken, etwa ein Verstoß gegen Artikel 16 des Grundgesetzes und dem Bestimmtheitsgebot?

53. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung in dieser Forderung die Entstehung der Rechtsfigur „Staatsangehörige auf Bewährung“ beziehungsweise „Staatsbürger zweiter Klasse“ (https://verfassungsblog.de/staatsangehoerigkeit-in-geiselhaft/), und ist die Bundesregierung der Ansicht, dass diese Forderung die Migrantinnen und Migranten in „Sippenhaft“ nimmt?

54. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu welchen Erkenntnissen ist die Bundesregierung im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (zum Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 19/9736) gekommen, nachdem das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Mai 2019 „notwendige Prüfungen“ angekündigt hat (www.welt.de/politik/deutschland/article193078413/Barley-widerspricht-Seehofer-Justizministerin-ist-fuer-Verbot-von-Mehrehen.html), insbesondere in Bezug auf die Regelung, die Einbürgerungsvoraussetzungen um den unbestimmten Rechtsbegriff der „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ zu erweitern, und wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung von Expertinnen und Experten aus dem Migrations- und Integrationsbereich, dass durch die Einführung des unbestimmten Rechtsbegriffs ein Anstieg möglicher Klagen vor den Verwaltungsgerichten aufgrund des behördlichen Ermessenspielraums erwartet wird (https://neuedeutsche.org/de/aufruf/staatsangehoerigkeit/)?

55. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung in Anbetracht des vor kurzem in Belarus vollstreckten Todesurteils (www.saechsische.de/weissrussland-vollstreckt-todesurteil-5083866.html und „Autokraten-Spiele“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 17. Juni 2019, S. 28) die finanzielle Bezuschussung für Reisen zu den in Minsk vom 21. bis 30. Juni 2019 stattfindenden European Games, und inwiefern wird der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Stefan Mayer, während seines Besuchs der European Games begangene Menschenrechtsverletzungen thematisieren?

56. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über die aktuellen Bauverzögerungen – insbesondere der Probleme an der Kälteanlage – beim Bau des Humboldt Forums, und wann können die Abgeordneten des Bau- und Kulturausschusses mit einer Zusendung des neuen Gesamtterminkonzeptes für das Humboldt Forum, mit dem sich heute am 26. Juni 2019 der Stiftungsrat befassen möchte (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2019/06/humboldt-forum-kulturverwaltung-eroeffnungstermin.html), rechnen?

57. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zur Beschwerde der UVP-Gesellschaft (Gesellschaft für die Prüfung der Umweltverträglichkeit) e. V. (Aktenzeichen CHAP (2017) 02891) gegen § 13b Erleichtertes Bauen im Außenbereich gegenüber der EU-Kommission geäußert?

58. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Inwiefern waren bzw. sind nach Kenntnis der Bundesregierung Behörden des Bundes an den Ermittlungen zum sog. „Alstermord“ am 16. Oktober 2016 in Hamburg (www.spiegel.de/panorama/justiz/anschlag-in-berlin-polizei-prueft-verbindung-zu-alster-mord-in-hamburg-a-1127330.html) beteiligt oder haben im Rahmen eines Erkenntnis- und Informationsaustauschs hiervon Kenntnis erhalten?

59. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

War der mutmaßliche Mörder von Dr. Walter Lübcke S. E. nach Kenntnis der Bundesregierung Teilnehmer der zwölfköpfigen Gruppe bundesdeutscher Neonazis, die auf dem Rückweg von einem Schießtraining nahe des tschechischen Cheb im September 2017 am Grenzübergang Schirnding festgestellt wurden (www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextremismus-deutsche-neonazis-nach-waffentraining-in-tschechien-aufgegriffen-1.3734134)?

60. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)

Hat es zur Person des am 16. Juni 2019 im Mordfall Dr. Walter Lübcke festgenommenen Tatverdächtigen wann und aus welchen Gründen Löschungen von Akten und/oder sonstigen Dokumenten in den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten des

Bundes gegeben (www.hessenschau.de/politik/landtag/verfassungsschutz-akte-noch-da-aber-gesperrt,akte-stephan-e-100.html)?

61. Abgeordnete **Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine womöglich bundesweite Struktur von Rechtsextremen, die deutschlandweit Drohbriefe an Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten und Anwältinnen und Anwälte verschickt, die sich selbst aktuell „Die Musiker des Staatsstreichorchesters“ (vorher schon NSU 2.0, Nationalsozialistische Offensive oder Wehrmacht) nennt, und gibt es Erkenntnisse, ob Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei vermeintlichen Mitgliedern dieser Struktur Informationen (wie Adressen) beschafft haben (https://taz.de/Terror-von-rechts/!5601779/)?

62. Abgeordneter **Dr. Gero Clemens Hocker** (FDP)

Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Organisationen wie die Animal Liberation Front, die über sich selbst sagt, eine aus autonomen Zellen bestehende Untergrundbewegung zu sein sowie jedem Schäden zufügen zu wollen, der von der Haltung von Tieren profitiert, und die für die Verübung von Anschlägen auf Tierhaltungen verantwortlich gemacht wird, wie in den USA als terroristische Vereinigungen eingestuft werden, und wenn ja, welche Konsequenzen sollten aus dieser Einstufung erfolgen, wenn nein, warum nicht (www.animalliberationfront.de/was-ist-die-alf/index.html, www.welt.de/vermischtes/article169574000/Terroristische-Vereinigung-stiehlt-9-Jaehriger-die-Kaninchen.html)?

63. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Inwieweit haben die zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter und Flüchtlingsinitiativen, die laut der Vorbemerkung der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/10855 an der Entwicklung des Aufnahmeprogramms „NesT“ mitgewirkt und ihre Erfahrungen eingebracht haben, es befürwortet, kritisiert oder abgelehnt, dass die 500 Aufnahmeplätze des „NesT“-Programms auf die bereits abgegebenen Aufnahmezusagen der Bundesregierung angerechnet werden (vgl. ebd.), so dass infolge der beabsichtigten „Patenschaften“ (Mentoren und Mentorinnen) nach meiner Auffassung unter dem Strich kein einziger Flüchtling mehr in Deutschland aufgenommen werden wird (bitte ausführen), und was entgegnet die Bundesregierung der Kritik, dass vor diesem

Hintergrund mit dem Programm „NesT“ staatliche Aufgaben und Ausgaben teilweise Privaten übertragen werden, ohne dass es dadurch im Gegenzug zu einer großzügigeren Aufnahme von Flüchtlingen kommt, was nach meiner Einschätzung aber die Hauptmotivation für eine mögliche, mit Aufwand und Kosten verbundene Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren an dem Programm sein dürfte (bitte ausführen)?

64. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Inwieweit haben das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat überprüft (bitte getrennt nach Bundesministerium, Datum, Inhalt und Ergebnis der Überprüfung nennen und so ausführlich wie möglich darstellen), ob der Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 19/10047 durch den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 19(4)307 und den darin enthaltenen Neuregelungen zu einer Asylverfahrensberatung, zu Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Personen und zu einer verlängerten verpflichtenden Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder im Bundesrat zustimmungspflichtig geworden ist (siehe Handbuch der Rechtsförmlichkeit, Randnummern 353 und 355), und wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/11017, mit dem genannten Änderungsantrag seien „keine zustimmungsbedürftigen Anordnungen oder Verpflichtungen zu ausgabenerhöhenden Maßnahmen der Länder“ verbunden, angesichts der genau gegenteiligen Auffassung des Ausschusses für Arbeit, Integration und Sozialpolitik und des Rechtsausschusses des Bundesrates (vgl. Bundesratsdrucksache 275/1/19, Punkt 13), die eine Zustimmungsbedürftigkeit sehen und sich dabei unter anderem auf die von mir bereits in der genannten Schriftlichen Frage in Bezug genommene Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 7. Juni 2019 – WD 3 – 3000 – 145/19 – beziehen (bitte so konkret wie möglich in Auseinandersetzung mit der Argumentation der beiden Bundesratsausschüsse begründen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

65. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Unter welchen Bedingungen ist die Bundesregierung bereit, sich mit dem Ziel einer Klärung griechischer Reparationsforderungen der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH) freiwillig (www.zaoerv.de/68_2008/68_2008_3_b_763_778.pdf) zu unterwerfen, um damit ihre wiederholt getätigte Rechtsauffassung bestätigen zu lassen, die Frage nach deutschen Reparationen sei „juristisch wie politisch abschließend geregelt" (https://de.reuters.com/article/deutschland-griechenland-reparationen-idDEKCN1RU0WJ; www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-12-september-848088), und wie hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf eine Verbalnote (www.tagesschau.de/ausland/griechenland-reparationen-103.html) der griechischen Regierung zum Thema reagiert?

66. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung angesichts der auch in Deutschland (www.bundestag.de/kw12_pa_arbeit_soziales/360644) und der Europäischen Union (www.deutschlandfunk.de/eu-parlament-mehr-whistleblower-schutz.2907.de.html?dram:article_id=446498) laufenden Debatte über den Schutz von Whistleblowern der Meinung, dass ein faires und rechtsstaatliches Verfahren gegen den Publizisten Julian Assange in Großbritannien als Mitgliedstaat der Europäischen Union gewährleistet ist, wenn der Ehemann der Richterin von den Veröffentlichungen der Enthüllungsplattform WikiLeaks betroffen war und die Richterin den Angeklagten – nach meiner Ansicht klar voreingenommen – als „lächerlich" und „Narzist" bezeichnet hat (www.theguardian.com/media/2019/apr/11/assange-branded-a-narcissist-by-judge-who-found-him-guilty), und geht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang davon aus, dass angesichts einer Anklage nach dem Espionage Act in den USA die Verhängung der Todesstrafe (https://consortiumnews.com/2019/05/23/assange-indicted-under-espionage-act-on-17-new-counts/) in einem etwaigen Verfahren gegen Assange nach Auslieferung ausgeschlossen ist?

67. Abgeordnete **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Menschenrechtsverletzungen in Belarus, unmittelbar vor Beginn der „European Games“ sowie nach deren ersten Tagen (unter anderem das „Entfernen“ von Obdachlosen aus dem Straßenbild), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um im Kontakt mit den belarussischen Behörden solchen Verstößen entschieden entgegenzuwirken (www.lphr.org/obdachlose-und-das-recht-auf-wohnen-in-belarus/)?

68. Abgeordnete **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen Mitteln und gegenüber welchen Adressaten bringt die Bundesregierung die schwerwiegenden Bedenken hinsichtlich der Repression und der sich verschlechternden Lage für Medienschaffende, Bloggerinnen und Blogger und Journalistinnen und Journalisten in Belarus vor – vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die „Autonomie des Sports respektiert“ und keine Stellung zur Vergabe von European Games bezieht (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Monika Lazar auf Bundestagsdrucksache 19/11017) (www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/dosb-muss-fuer-pressefreiheit-eintreten/)?

69. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über Drohungen und Anfeindungen gegenüber den Organisatorinnen und Organisatoren der „Tbilisi Pride“ (siehe z. B. http://agenda.ge/en/news/2019/1609), und in welcher Form hat sie gegenüber der georgischen Regierung thematisiert, dass die Grundrechte der schwulen, lesbischen, bisexuellen, queeren, trans- und intergeschlechtlichen Aktivistinnen und Aktivisten auf Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit oder das Recht auf Sicherheit in diesem Zusammenhang unbedingt zu gewährleisten sind (bitte mit Nennung des jeweiligen Schreibens, Gesprächs etc. antworten)?

70. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

Was sind die Ergebnisse des Treffens zur politischen Lage im Sudan, welches am 21. Juni 2019 im Auswärtigen Amt in Berlin stattgefunden hat, an dem die Bundesregierung als Gastgeber, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, Norwegen, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien sowie die Beauftragten der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen teilgenommen haben, und

wieso wurden keine Repräsentantinnen und Repräsentanten der „Forces for Freedom and Change“, welche die Interessen der Protestierenden im Sudan vertreten, hierzu eingeladen (www.facebook.com/events/1354823011333433/)?

71. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit von Minderheiten in Sri Lanka und die Anstrengung der Regierung des Landes, gegen antimuslimische Gewalt vorzugehen, vor dem Hintergrund der von ihr zu diesem Thema gemachten Erklärung (https://colombo.diplo.de/lk-en/-/2226142)?

72. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Forderung der VN-Sonderberichterstatterin nach einer weiteren Untersuchung im Mordfall Jamal Khashoggi (www.tagesschau.de/ausland/khashoggi-untersuchung-101.html), und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für die deutsch-saudischen Beziehungen, besonders angesichts der fortgesetzten Rüstungsexporte in das Land (www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/jemen-krieg-ruestungsexporte-deutschland-saudi-arabien)?

73. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit wurden die NATO-Bündnispartner wie die Bundesregierung von US-amerikanischer Seite über die bereits im Anfangsstadium begonnene und dann abgebrochene Militäraktion gegen den Iran als Vergeltung für den Abschuss einer amerikanischen Aufklärungsdrohne durch den Iran unter anderem vor dem Hintergrund informiert, dass auch diese Länder zur Abwendung von Risiken ein Flugverbot bzw. eine Flugwarnung für Verkehrsflugzeuge über Teile des Krisengebietes verhängen hätten können (dpa vom 21. Juni 2019), und inwieweit hat die Bundesregierung Erkenntnisse (eigene Erkenntnisse und die Dritter sowie eigene nachrichtendienstliche als auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse Dritter) über die Koordinaten des Abschusses einer US-Drohne durch den Iran am Persischen Golf (dpa vom 21. Juni 2019)?

74. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welcher Art sind die „Evidenzen“ der Bundesregierung für eine iranische Verantwortung bei den Angriffen auf Handelsschiffe im Oman am 13. Juni 2019, von denen die Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel am 18. Juni 2019 in Berlin gesprochen hatte (dpa vom 18. Juni 2019), und sind diese von der Bundeskanzlerin genannten „Evidenzen“ so „hoch“ wie bei den US-Vorwürfen im Jahr 2003, wonach der Irak Massenvernichtungswaffen habe und weshalb Dr. Angela Merkel seinerzeit den von einem Großteil der Völkerrechtsexperten als völkerrechtswidrig eingestuften Krieg von US-Präsident George W. Bush gegen den Irak unterstützen wollte (www.spiegel.de/politik/ausland/beitrag-in-us-zeitung-merkels-bueckling-vor-bush-a-237040.html und www.sueddeutsche.de/politik/merkel-und-der-irak-krieg-ein-golfkriegssyndrom-ganz-eigener-art-1.747506)?

75. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Welche Projekte will die Bundesregierung im Rahmen eines Treuhandkontos finanzieren, um die Lebenssituation der vom deutschen Völkermord besonders betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen der Herero und Nama in der Republik Namibia zu unterstützen, und welche Position vertritt die Bundesregierung zu den Äußerungen des amtierenden deutschen Botschafters in Namibia, Christian-Matthias Schlaga, der die Forderungen der namibischen Seite nach Wiedergutmachungsleistungen folgendermaßen kritisierte: „In Tansania erfahren wir das Gegenteil wie in Namibia. Dort wird keine Entschädigung gefordert. Das Land möchte die Kolonialgeschichte vergessen und ein gesundes Verhältnis aufbauen. Sie möchten sehen, dass Deutschland sie weiter unterstützt.“ (www.az.com.na/main/print_post/verlangter-betrag-ist-stolperstein2019-06-05/)?

76. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um gemäß der Erklärung des Auswärtigen Amts, dass „besonders schutzwürdige Kinder von mutmaßlichen IS-Angehörigen“ aus den Flüchtlingslagern in Syrien zurückgeholt werden sollen (www.sueddeutsche.de/politik/bundesregierung-deutschland-will-kinder-von-is-angehoerigen-aus-syrien-holen-1.4469594), und was hat die Bundesregierung bislang unternommen, um die De-facto-Behörden der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien bei der Bewältigung der humanitären Notlage in den überfüllten Flüchtlingslagern praktisch zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

77. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung hierzulande ansässige Institutionen wie beispielsweise das Joint Research Centre (JRC) in Karlsruhe und die Radiochemie München (RCM) fachlich und technisch dazu in der Lage, mittels nuklearforensischer/massenspektrometrischer Analysen das Alter bzw. den Zeitpunkt der letzten chemischen Trennung/Reinigung einer Probe hochangereicherten Urans (HEU) zu bestimmen/einzugrenzen (ggf. bitte alle betreffenden Institutionen hierzulande angeben), und welche Rahmenverträge zwischen der Bundesregierung und diesen Institutionen existieren, die sich für derartige Analysen im (Ko-)Auftrag der Bundesregierung nutzen ließen?

78. Abgeordneter **Pascal Meiser** (DIE LINKE.)

Welche der in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage „Qualität der Paketzustellung in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 19/11041 erwähnten anderen Forschungsprojekte wurden vom Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste GmbH (WIK) oder anderen wissenschaftlichen Instituten gegenüber dem Projekt „Fortentwicklung der Geschäftsmodelle bei der DP AG – national/international“ nach Kenntnis der Bundesregierung mit höherer Priorität versehen, und welche Kriterien waren dafür ausschlaggebend?

79. Abgeordnete **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Stimmt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie der von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze geäußerten Auffassung zu (vgl. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiewende-wie-umweltministerin-schulze-den-ausbau-der-erneuerbaren-retten-will/24468578.html), dass die Abschaffung des Förderdeckels von 52 Gigawatt für die Solarenergie zur Erreichung des Erneuerbare-Energien-Ausbauziels der Bundesregierung unumgänglich ist, und wann plant das Bundeswirtschaftsministerium, diesen Deckel abzuschaffen?

80. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Forderung, aus dem Energiepapier des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), welches feststellt, dass im ersten Schritt bis 2023 die ältesten Braunkohle-Kraftwerksblöcke im Rheinischen Revier stillgelegt werden müssen, wodurch die Rodung des Hambacher Waldes verhindert und bedrohte Dörfer gerettet werden können, sofern es aber zu keiner Einigung zwischen den Ländern und den Kraftwerksbetreibern kommen sollte, ordnungsrechtliche Maßnahmen durch die Bundesregierung ergriffen werden müssen (www.energate-messenger.de/news/192391/umweltministerium-legt-klimaplan-fuer-energiesektor-vor), und wie gedenkt das BMWi das BMU an der Erarbeitung eines Kohleausstiegsgesetzes zu beteiligen?

81. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Seit wann führt die Bundesregierung mit den Kohlekraftwerksbetreibern Gespräche zur Vorbereitung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung, und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt (bitte Datum, Gesprächsdauer und Teilnehmende auflisten)?

82. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Windkraftanlagen in den letzten fünf Jahren in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entwickelt, und wie viele Windkraftanlagen sind in diesem gesamten Zeitraum in diesen Ländern neu errichtet, ersetzt und beseitigt worden?

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333